

# LI-Briefing

## Kann Familienpolitik liberal sein?



PIERRE BESSARD\* • März 2013

Die Familie ist ein so vertrauter Bestandteil unseres Lebens, dass wir manchmal dazu neigen, sie für selbstverständlich zu halten. Die Familie ist tatsächlich der dominierende Ausdruck zwischenmenschlicher Gemeinschaft, sie ist die grundlegende Institution jeder funktionierenden Gesellschaft. Wir können daher ganz allgemein von einer Universalität der Familie ausgehen, allein schon aus biologischen Gründen.

Ein Blick auf die Entwicklung der Familie in der modernen Gesellschaft macht einmal mehr deutlich, dass die freie Marktwirtschaft einen „grossen Befreier“ darstellt – der Männer wie auch der Frauen, der Eltern wie der Kinder. Die Erfolgsgeschichte der Marktwirtschaft seit dem frühen 19. Jahrhundert hat massgeblich die ökonomische Abhängigkeit der verschiedenen Familienmitglieder voneinander reduziert. Heute wählen die Menschen das Zusammenleben in der Familie weil sie wollen, nicht weil sie müssen.

Der seit der Industriellen Revolution rasant gewachsene Wohlstand hat die Männer von erschöpfender Subsistenzarbeit befreit, die Frauen konnten zugleich mit entlohnter Arbeit und Unternehmertum wirtschaftlich unabhängig von den Männern werden – beide konnten damit massgeblich an individueller Freiheit gewinnen. Die in der Folge festzustellende Zunahme der Scheidungsraten, der Trend zur Singlegesellschaft sowie alternative Formen des Zusammenlebens sind zweifellos Folgen dieser erhöhten Freiheit, sie ersetzen aber die Familie nicht.

Im Gegenteil, der freie Markt ermöglicht erst unser heutiges Verständnis der intakten Familie als natürliche Einheit sozialer Sicherheit und Selbsthilfe. Die Ehe entwickelte sich von einer zwanghaften Notwendigkeit zu einer romantischen Herzensangelegenheit. Kinder, die in der Vergangenheit meist arbeiten mussten, konnten dank des vom freien Markt erbrachten Reichtums flächendeckend eine Ausbildung erhalten. Ihre Bedeutung als Alterssicherung nahm mit zunehmendem Wohlstand ab.

Die Familie entwickelte sich damit zur dominanten Form freiwilligen, gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie ist heute der natürliche Raum der geistigen und materiellen Geborgenheit, in welchem die Kinder heranwachsen, sich entwickeln, ihre Werte, Kompetenzen und ihre Handlungsfähigkeit als künftige Erwachsene aufbauen. Die Familie, die ja zur unmittelbaren Umwelt eines Menschen

---

\* Der Autor ist Direktor und Mitglied des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.

gehört, nimmt auch die wichtige Funktion einer sozialen Kontrolle wahr, sie dient der erfolgreichen Sozialisation des Menschen.

Genau deshalb gilt die Familie unfreiheitlichen, kollektivistischen Strömungen regelmässig als Feindbild. Die Familie ist neben dem Privateigentum Haupthindernis einer bewussten Nivellierungspolitik. Sozialistische, sozialdemokratische und andere Ideologien haben immer wieder versucht, die Einheit der Familie zu zerstören, um einer Gesellschaft ihre wirren Vorstellungen aufzwingen zu können. Bekanntlich ging dieser Drang bis hin zur Trennung der Kinder von ihren Eltern und ihre Einweisung in kollektive Erziehungsinstitutionen. Schon in Platons Republik plädiert Sokrates dafür, dass Kinder anonym erzogen werden, damit die Identifikation mit dem Staat vollkommen wird.

Leider sind derartige Angriffe auf die Familie nicht nur ein Merkmal der Ideologie oder primitiver politischer Systeme. In Zeiten steuerfinanzierter Krippen, Familienzulagen, Sozialversicherungen, Früheinschulungen, Ausbildungszulagen usw. verkommt auch bei uns die Familie zusehends zu einer – etwas salopp ausgedrückt – „öffentlichen Agentur für Reproduktionszwecke“. Oft wird offen dafür plädiert, dass Kinder vom Staat „kostendeckend“ betreut werden sollten.

## Das sozialstaatliche Janusgesicht

Warum wird eine solche Familienpolitik immer populärer? Ihre politische Attraktivität hat wohl viel mit der finanziellen Schieflage der staatlichen Sozialsysteme zu tun, vor allem des Umlagesystems der öffentlichen Altersvorsorge, das von der Demographie abhängt. Die Bürger sollen zu einer erhöhten Kinderproduktion ermuntert werden, um diese als Finanzierungsinstrumente der staatlichen Rentenökonomie zuführen zu können. Aus einer humanistischen Perspektive ist dies höchst bedenklich.

Wie kann das unendlich wertvolle Geschenk des Lebens an ein Kind nur zu einem so biederem Anliegen wie der Finanzierung der staatlichen Altersvorsorge verkommen?

Ein Blick auf die Entwicklung der Soziallasten spricht hier Bände – sie haben sich in den letzten fünf Jahrzehnten auf rund 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mehr als verdoppelt – eine gewaltige Belastung der erwerbstätigen Gesellschaft. Die Lebenserwartung hat sich erfreulicherweise seit der Einführung der AHV von 68 auf 82 Jahre erhöht, aber das viel zu niedrige politische Referenzalter von 65 Jahren ist dabei stehen geblieben. Inzwischen ist das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern von 9 auf 4 zu eins gesunken, und es soll in den nächsten Jahrzehnten weiter auf 2 zu eins sinken. Dabei sind alle Mittel recht, um die notwendigen Reformen zu vermeiden.

Weitet man aber den Blick auf die vielfältigen Interventionen des Wohlfahrtsstaates aus, zeigt die Familienpolitik ein abenteuerliches Janusgesicht: einerseits werden die Familien durch immer höhere Steuern und Zwangsabgaben

belastet, andererseits werden sie durch willkürliche Subventionen wieder „gefördert“ – welche sie freilich direkt oder indirekt selbst finanzieren müssen. Der Staat dient nur als Mittelsmann in diesem Umverteilungskarussell. Zu Recht wurde der Wohlfahrtsstaat definiert als die politische Kunst, die Bürger mit ihrem eigenen Geld vom Staat abhängig zu machen.

Ein Beispiel dieser Demagogie der Familienpolitik findet sich in der Verstaatlichung des Mutterschaftsurlaubs im Jahr 2005. Bereits im ersten Jahr der Verstaatlichung haben deren zusätzliche Kosten die Erwerbsersatzordnung in den Minusbereich geschickt und damit den Druck für weitere Steuererhöhungen erhöht. Im vergangenen Jahr stiegen die Lohnabzüge nicht nur für die defizitäre Erwerbsersatzordnung, sondern auch für die Arbeitslosenversicherung. Gleichzeitig stieg die Mehrwertsteuer, um die marode Invalidenversicherung vor dem Kollaps zu bewahren. Dazu steigen die obligatorischen Krankenkassenprämien aufgrund der bekannten, politisch eingeführten Fehlanreize in unserem Gesundheitswesen beständig an.

Die immer höhere Steuer- und Abgabenlast frisst das Einkommenswachstum der Haushalte damit auf. Darunter leiden vor allem die Familien, welche einen finanziellen Spielraum für die Versorgung und Ausbildung ihrer Kinder benötigen.

Weitere Steuererhöhungen, um die immer umfassendere Familienpolitik zu finanzieren, würden die Unabhängigkeit der Familien natürlich weiter einschränken. Der steigende steuerliche Druck macht somit die angeblichen politischen Leistungen wieder zunichte. Das einzige, was diese Politik letztlich erreicht, ist die Zerstörung der Autonomie der Familie. Mit anderen Worten: die Familienpolitik macht die Familien nicht wohlhabender, sondern nur abhängiger.

Beunruhigend ist auch, dass die Familienpolitik heute demagogisch Kinder als einen reinen Kostenfaktor darstellt, der den Eltern materiellen oder beruflichen Verzicht abverlangt. Die kalte Finanzierungslogik der staatlichen Bürokratie und Rentenökonomie wird hier auf die Zivilgesellschaft übertragen – gerade so, als ginge es bei der Gründung einer Familie heute noch im Kern um materielle Fragen, und nicht um Fragen der Einstellung, der Werte und des persönlichen Glücks.

Die Familienpolitik ist aber nicht nur aus ökonomischer und moralischer Sicht fragwürdig, sie bringt auch keine sozialen Vorteile, wie immer wieder behauptet wird. So wurde etwa der Mutterschaftsurlaub vor seiner Verstaatlichung bereits von den privaten Unternehmen in ihrem Eigeninteresse grosszügig angeboten. Genauso sind heute ausreichende familiäre, zivilgesellschaftliche und marktwirtschaftliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorhanden, wo sie tatsächlich nachgefragt – und nicht vom Staat behindert werden. Dank unseres Wohlstandes müssen die Eltern heute die Betreuung ihrer Kinder nicht mehr ausschliesslich übernehmen, sie sollen aber selbst entscheiden können wie die Betreuung organisiert und finanziert wird. Das ist ihr Vorrecht und ihre Aufgabe.

## Die Bedingung der Stärkung der Familie

Die Entwicklungsgeschichte belegt, dass die Familie besonders dann Stärke zeigt, wenn die Eigenverantwortung der Eltern anerkannt und respektiert wird. Staatliche Förderung macht die Familie darum nicht stärker, sondern schwächer.

Aus freiheitlicher Sicht sollte daher jeder Versuch einer normativen Familienpolitik als ein Angriff auf die tatsächliche, freiwillig gelebte Familie – ob „traditionell“ oder nicht – abgelehnt werden. Jeder Mensch hat eigene Vorstellungen der Gestaltung einer idealen Familie, und das Recht, sie im Einklang mit seinen Angehörigen zu leben. Gerade auch darum kann „die Familie“ nicht verordnet werden.

Eine Stärkung der Familie erfordert eine Rückbesinnung auf deren Autonomie. Vor allem aber sollten wir die Familie vor einer Vereinnahmung durch den Umverteilungsstaat schützen. Wenn der Wohlfahrtsstaat in eine unvermeidliche Schiefelage kommt, dann müssen seine Sozialsysteme verändert und verbessert werden – etwa durch die volle Kapitalisierung der Altersvorsorge. Weniger Umverteilung und weniger Steuerbelastung ist die beste Politik, die im Dienste der Familie gemacht werden kann.

Nur in Freiheit und Mündigkeit können sich Ehepartner und Kinder freiwillig, aufgrund ihrer Zuneigung einander zuwenden und wechselseitige Verantwortung übernehmen. Wer die Familie in einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft stärken will, muss ihr also eines geben: ihre Freiheit.



LIBERALES INSTITUT

### Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

### Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2013, Liberales Institut.